

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 43.

Charlottenburg, Freitag, den 25. Oktober 1918.

Jahrg. 45.

Friedenssehnen.

Nahest du jetzt endlich, Weltensfrieden!
Du, lichtungsflossen, engelsgleich —
Willst du den müden Völkern bringen
Den längst ersehnten heiligen Zweig?
Willst Balsam gießen du in Wunden,
Die Schmerzen lindern, hinfort nun
Die Tränen trocknen, die noch fließen
Den Opfern, die im Grabe ruhn?

O komm, o komm, du herrlicher Sieger!
Umgürtet mit des Rechtes Schwert,
Bekränzet mit der Freiheit Lieder,
Bring Freude, segne Heim und Herd.
Laß reichen uns die Hände wieder,
Zieh in der Herzen Core ein;
Laß Brüder wieder werden Brüder,
Und Menschen wieder Menschen sein!

E Streckhardt

Bedeutungsvolle Tage.

Wir leben in einer außerordentlich ereignisreichen Zeit. Der Krieg hat sich als ein Revolutionär von nicht gewöhnlicher Größe schon jetzt erwiesen; wie weit die Veränderungen im politischen Leben der Völker noch gehen werden, die der Krieg im Gefolge hat, läßt sich zur Stunde noch nicht absehen. In der Hauptsache ist es Deutschland und Oesterreich, wo die Ereignisse im Eilschritt zu anderen politischen Zuständen zu gelangen suchen. Die Gestaltung der Kriegslage für Deutschland und die mit ihm verbündeten Mächte nötigte dazu, mit dem größten Ernst zu erwägen, was getan werden könne und müsse, um den langersehnten Frieden so schnell als möglich herbeizuführen. Dabei stellte sich heraus, daß die Beseitigung des halbabsolutistischen Regierungssystems, der Herrschaft der Junker- und Militärkaste in Preußen-Deutschland eine der ersten Voraussetzungen sein müsse. Dieses System erwies sich als eines der größten Hindernisse für die Herbeiführung des Friedens, zumal es, soweit die Kulturvölker Europas in Frage kommen, fast nur noch in Deutschland allein bestand, seit der Zarismus in Rußland gestürzt worden war. Für den Abschluß eines Friedens kann nur eine legitime Vertretung des deutschen Volkes in Frage kommen, als die die bisherigen Machthaber in Deutschland nicht angesehen werden können, auch bei den Völkern, die für Friedensverhandlungen in Betracht kommen, nicht angesehen werden. Die bisherigen Veränderungen in unserem politischen Leben können allerdings noch nicht mehr sein als ein Anfang, als ein erster Schritt auf der betretenen Bahn. Die völlige Demokratisierung unseres Regierungs- und Verwaltungssystems muß folgen. Die souveräne Macht, die darüber zu bestimmen hat, welche Personen die Regierungsämter zu besetzen haben, die die Direktiven zu geben hat, nach denen in Deutschland zu regieren ist, kann nur die Vertretung des deutschen Volkes selbst, der aus allgemeinen Wähler hervorgegangene Deutsche Reichstag sein. Damit ist bei den Wahlen dem deutschen Volke in die Hand gegeben, darüber zu bestimmen, welche Auffassungen in der Volksvertretung und damit in der Regierung maßgebend sein sollen. Von der tätigen Mithilfe des ganzen Volkes, insbesondere der Arbeiterschaft, wird es im wesentlichen abhängen,

in welchem Tempo die notwendige politische Umgestaltung Deutschlands weitergehen wird.

Aus dem veränderten Gesicht, das die politischen Verhältnisse Deutschlands in den letzten Wochen und Tagen angenommen, spricht jedenfalls der keiner Mißdeutung unterliegende ernsthafteste Wille des deutschen Volkes, ehrlich dem Frieden zu dienen. Ob damit der Frieden nun wirklich nahe bevorsteht, ob endlich der Zeitpunkt gekommen ist, an dem das sinnlose blutige Gemetzel eingestellt werden kann, läßt sich im Augenblick, in dem wir diese Zeilen nieder schreiben, noch nicht sagen. Im Gegenteil, immer neue Schwierigkeiten türmen sich auf, die geeignet sind, alle Friedenshoffnungen wieder herabzudrücken. Vorderhand möchten wir die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß es doch noch gelingen möge, einen Frieden herbeizuführen, der allen Beteiligten erträglich und nicht den Keim zu einem neuen Kriege in sich trägt. Soll der Gedanke verwirklicht werden, der eine Wiederholung des Krieges möglichst für alle Zeiten ausschließt, die Gründung eines Völkerbundes, in dem alle etwa auftauchenden Differenzen auf dem friedlichen schiedsgerichtlichen Wege zu behandeln wären, dann könnte das anders nicht geschehen, als daß jedes Kulturvolk in diesem Völkerbunde sich als Gleicher unter Gleichen fühlen und betrachten darf. Von der Art des Friedensschlusses wird es abhängen, ob letzteres der Fall sein kann.

Das deutsche Volk ist auf dem besten Wege, sich die politischen Freiheiten und Rechte zu erobern, deren es bedarf, um in einem Völkerbunde als Gleicher unter Gleichen bestehen zu können, und nicht zuletzt um seiner eigenen Interessen willen. Dabei wollen wir uns nicht verhehlen, daß noch außerordentlich viel zu tun übrig bleibt, daß noch ungeheure Mengen politischer Schutt aus Reich, Staat und Gemeinden hinausgefahren werden müssen, wenn wir zu wohnlichen Verhältnissen kommen wollen. In erster Linie ist hierbei zu nennen das uneingeschränkte, vollkommen gleiche Wahlrecht zu allen politischen Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinden. Der Gedanke, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht zum preußischen Landtage unbedingt kommen muß, findet außer den Junkern und Großindustriellen, als den Nutznießern des bisherigen Zustandes, kaum noch einen ernsthaften Gegner. So viel sich auch die heutigen Gesetzgeber noch bemühen mögen, einen Stachelbrautzaun um das neue preußische Wahlrecht zu ziehen, den Gang der Ereignisse vermögen sie damit nicht mehr aufzuhalten. Es ist nicht anzunehmen, daß die Lage jemals wiederkehren könnten, in denen ein hochmütiger Junker unter Zustimmung seiner Klassengenossen im preußischen Landtage erklären konnte, die Sozialdemokratie (d. h. die Arbeiterschaft) könne in Preußen niemals Subjekt, höchstens Objekt der Gesetzgebung sein.

In Reich und in Preußen ist der Anfang gemacht mit dem sogenannten parlamentarischen System, d. h. es ist eine Regierung zusammengestellt, die sich auf die Mehrheit des Reichstages stützen kann, weil Vertreter der Mehrheitsparteien dieser Regierung angehören. Damit sind auch Sozialdemokraten in die Regierung gelangt. Der Ernst der Zeit erforderte, daß die Sozialdemokratie sich an der Lösung der schwierigen Fragen, die gegenwärtig unser ganzes öffentliches Interesse beherrschen, auch positiv beteilige; ja, ohne die Sozialdemokratie wäre ein Herauskommen aus dem Dilemma, in das uns die Regierungskunst der Junker- und Militärkaste gebracht, gar nicht zu erreichen. Wenn auch der gegenwärtigen Regierung in allererster Linie die schwere Aufgabe zufällt, den Frieden herbeizuführen, so kann deswegen nicht völlig unberücksichtigt bleiben, daß auch für die Zeit nach Kriegsende vorgesorgt werden muß. Die Erfüllung einer alten Forderung der gewerkschaftlich organisierten

Arbeiterschaft, die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, ist denn auch sofort durch die jetzige Regierung erreicht worden. Der zweite Vorsitzende der Generalkommission, der Genosse Bauer, ist zum Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes bestellt. Es darf erwartet werden, daß der Arbeitskammergesetzentwurf von der neuen Regierung in nicht allzu langer Zeit dem Reichstage vorgelegt und hoffentlich dann in einer Form verabschiedet werden kann, die dem Verlangen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Richtungen entspricht. Wenn der politischen Befreiung auch die wirtschaftliche Befreiung der deutschen Arbeiterschaft folgen soll, dann dürfen wir die Errichtung des Reichsarbeitsamtes als einen ersten Schritt auf diesem Wege begrüßen. Weitere gesetzliche Maßnahmen im Interesse der Arbeiterschaft werden folgen müssen. Wir denken hierbei besonders an die gesetzliche Festlegung und Sicherstellung des Koalitionsrechtes, das im besonderen auch gegen kapitalistische Uebermacht sichergestellt werden muß. Der Zustand wird aufhören müssen, daß ein Unternehmer darüber zu bestimmen hat, ob die Arbeiter eines Betriebes vom Koalitionsrecht Gebrauch machen dürfen oder nicht. Wenn auch während der Kriegszeit bereits einer der bösesten Bestimmungen gegen die Arbeiter und deren Koalitionsrecht, der § 153 der Gewerbeordnung, gefallen ist, so kann von einer gesetzlichen Festlegung und Sicherstellung des Koalitionsrechtes doch noch lange nicht gesprochen werden. Ein gesetzlich gesichertes Koalitionsrecht, in Verbindung mit einer wirklichen Versammlungsfreiheit und dem Recht der freien Rede in Wort und Schrift, braucht niemand notwendiger als die Arbeiter, um für ihre Interessen tätig sein und werben zu können, ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen zur vollen Entfaltung bringen zu können.

Es sind nur einige der allerwichtigsten und notwendigsten Fragen, die wir vorstehend angeschnitten. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bewegt uns nichts mehr, als erst einmal den Krieg liquidiert zu sehen, um zur friedlichen Arbeit zurückkehren zu können. Dabei dürfen wir aber nicht übersehen, daß es außerordentlich ereignisreiche Tage sind, die wir jetzt erleben, Tage von großer weltgeschichtlicher Bedeutung, die zu erleben wohl mancher von uns vor einigen Jahren noch nicht zu hoffen getraute. Alte überlebte Einrichtungen, die bisher in Deutschland künstlich und mit Gewalt aufrechterhalten wurden, brechen zusammen und müssen neuzeitlichen Einrichtungen Platz machen. An Stelle des alten Obrigkeitsstaates tritt die demokratische Staats- und Regierungsform. Damit werden auch dem Sozialismus die Wege bereitet. Die Arbeiterschaft von heute soll und muß es sich angelegen sein lassen, zu zeigen und zu beweisen, daß diese Entwicklung der Dinge sich durchaus in der Richtung bewegt, die von Seiten der Arbeiterschaft erwartet werden muß. Das können die Arbeiter nicht anders tun, als daß sie sich als Anhänger derjenigen Organisationen bekennen, deren politische und wirtschaftliche Forderungen schon seit Jahren sich in gleicher Richtung bewegten. Es ist eigentlich zu bedauern, daß es erst dieser ungeheuren Katastrophe, wie dieses Weltkrieges, bedurfte, um der weiteren Entwicklung der Menschheit eine Gasse zu bahnen, um auch in Deutschland zu den Anfängen eines modernen Staatswesens zu gelangen. Wer will es heute sagen, ob nicht vieles anders gekommen wäre, wenn der größte Teil der Arbeiterschaft schon lange vor dem Kriege dem Rufe Folge geleistet hätte. Schließt Euch den Arbeiterorganisationen an, die der Erhaltung des Friedens dienen und dem wirtschaftlichen Wohlstand für alle Glieder des Volkes ihre Tätigkeit widmen. Selbst wenn es gelingt, was wir alle mit Sehnsucht erhoffen, den Krieg in kurzer Zeit zu beenden, dann sind die schweren Tage für das deutsche Volk damit noch nicht abgeschlossen, insbesondere für die Arbeiterschaft nicht. Die Bunden, die uns dieser Krieg geschlagen, werden noch lange bluten, ehe sie vernarben. Da gilt es mehr denn je, alles zu tun, was irgend geeignet sein kann, uns in den Stand zu setzen, die schwere Last zu tragen, und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß alle Schultern, je nach ihrer Tragfähigkeit, verhältnismäßig gleichmäßig belastet werden. Wenn wir das wollen, brauchen wir unsere Organisationen dann notwendiger, als jemals vorher.

Ein Wunsch der schwedischen Gewerkschaften.

Der Generalkommission ging folgendes, Stockholm, den 16. Oktober, datiertes Telegramm an die schwedischen Landeszentrale zu:

Wir senden Euch unsere herzlichsten Glückwünsche zu dem demokratischen Durchbruch, der, wie wir hoffen und wünschen, zur Beendigung des Weltkrieges und zur Schaffung eines dauernden Friedens beitragen soll, was in der ganzen Welt und nicht am wenigsten in den neutralen Ländern, besonders unter den Arbeitern ersehnt wird.

Ueber die Mitwirkung der Gewerkschaften Deutschlands an diesem Ziele und über ihre direkte Teilnahme an der Regierungsbildung durch den Eintritt von Gewerkschaftern in die Regierung sowie über die Aufnahme der Frage des internationalen Arbeiterschutzes, entsprechend den Forderungen der Berner Konferenz in das Programm dieser Regierung, empfinden wir eine lebhafteste Befriedigung.

Die Zeit für den Zusammentritt der gewerkschaftlichen Internationalen zu einer Konferenz wird wohl bald gekommen sein, auf der die angeschlossenen Gewerkschaften aller Länder vertreten sein werden, um die Beschlüsse der Konferenzen zu Leeds und Bern zu fördern.

Für die Landeszentrale Schwedens:
Hermann Lindquist, Vorsitzender.

Frauenarbeit, Krieg und Krankenkassen.

Wie im vergangenen Jahre wollen wir das dieser Tage erschienene Jahrbuch des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen für 1917 einer Besprechung unterziehen. Aus dem überaus reichlichen sozialpolitischen Inhalt sei zunächst erwähnt, daß sich nach den vom Kaiserlichen Statistischen Amt im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Zusammenstellungen derjenigen Krankenkassen, die dem Amte regelmäßig über ihre Mitgliederzahlen berichten, folgende Ziffern ergeben:

Tag der Zählung	Zahl der Krankenkassen	Versicherungspflichtige
		Männliche Weibliche
1. Januar 1914	4622	3 849 639 1 617 009
1. Januar 1915	5224	4 319 192 2 775 220
1. Januar 1916	6395	4 508 917 3 185 521
1. Januar 1917	5495	3 814 995 3 751 452
1. Januar 1918	6124	4 230 450 4 440 738

Hiernach ist die durchschnittliche Mitgliederzahl einer Kasse bei den männlichen Versicherungspflichtigen von 1156 am 1. Juli 1914 auf 691 am 1. Januar 1918 oder um 39,4 Proz. gesunken, während die durchschnittliche Mitgliederzahl der weiblichen Versicherten von 605 am 1. Juli 1914 auf 725 oder um rund 19,8 Proz. am 1. Januar 1918 gestiegen ist. Der Anteil der weiblichen Versicherungspflichtigen an der Kassenmitgliedschaft beträgt somit 66,1 Proz. Der Berichterstatter spricht im Anschluß hieran die Befürchtung aus, daß auf die Dauer dieses Ueberwiegen der weiblichen Versicherten die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen nicht unwesentlich beeinträchtigt wird. Das Jahr 1917 hat nach dem vorliegenden Material einem großen Teile der Kassen eine von Monat zu Monat steigende Belastung durch einen erhöhten Krankenbestand gebracht. Dies ist mit die Folge davon, daß sich das Mitgliedermaterial, als Versicherungsrisiko betrachtet, inzwischen bedeutend verschlechtert hat. So ist eine große Anzahl nicht vollkräftiger Arbeiter (Frauen, Kinder, alte Leute, Hilfsdienstpflichtige) in die Krankenkassen geströmt. Dazu kommt eine gesteigerte Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft — worunter die Frauen am meisten zu leiden haben — und nicht zuletzt die mangelhafte Ernährung. Als Gradmesser für den Gesundheitszustand des deutschen Volkes und die steigende Belastung der Krankenkassen mögen die Zahlen dienen, die das Kaiserliche Statistische Amt aus den Angaben der Krankenkassen gewinnt. Die Zahlen wurden bisher nicht veröffentlicht, sind aber dem Hauptverband zur Verfügung gestellt worden. Nach den an jedem Monatsersten des Jahres 1917 gemachten Ermittlungen ist das Verhältnis im Jahresdurchschnitt folgendes: Zahl der Kassen: 5725. Mitgliederzahl der berichtenden Kassen: männliche 4 567 310, weibliche 4 801 765, zusammen 9 369 075. Darunter arbeitsunfähige Kranke und Wöchnerinnen: männliche 143 004 gleich 3,13 Proz., weibliche 134 976 gleich 2,81 Proz., zusammen 277 980 gleich 2,97 Prozent. Für 1918 wird mit einer weiteren Steigerung des Krankenbestandes gerechnet.

Was nun die Leistungen anbetrifft, so haben auch während des Krieges eine Anzahl von Kassen entsprechende Mehrleistungen eingeführt. Die gesteigerten Ausgaben mußten allerdings durch Erhöhung der Beiträge ausgeglichen werden. Unter den eingeführten Mehrleistungen ist für die Frauen u. a. hervorzuheben, daß nach einer Statistik des Hauptverbandes, an der 1125 Kassen beteiligt waren, 20 davon Schwangerengeld bis 2 Wochen, 10 bis 3,71 bis 4, 118 bis 6 und 45 bis 8 Wochen gewährten. Stillgeld zahlten 30 Kassen bis 4 Wochen, 67 6—8, 116 9—12 und 4 13 bis 20 Wochen. Hebammendienste und ärztliche Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden gewährten 8 Kassen durch Stellung der Hebamme, 245 stellten nur den Arzt, 136 Arzt und Hebamme und 34 bewilligten einen Zuschuß. Familienhilfe bis zur Dauer von 6 Wochen hatten 35 Kassen eingeführt, 151 von 7—13, 6 von 14—20, 64 von 21—26 und 2 bis zu 52 Wochen. An Wochenhilfe für versicherungsfreie Ehefrauen der Mitglieder gewährten 18 Kassen Hebammendienste, 95 ärztliche Hilfe, 41 einen Entbindungskostenbeitrag, 22

Arzt und Hebammendienste, 11 Arzt, Hebammendienste und Entbindungskostenbeitrag, 29 Wochengeld, 1 Stillgeld.

Eine Milderung des Krankenversicherungsrechts durch Bundesratsverordnungen herbeizuführen, war der Hauptverband auch im abgelaufenen Jahre bestrebt. In Gestalt von Eingaben und Verhandlungen mit den Reichsbehörden wurde da u. a. gefordert: Zwingende Vorschrift für den Erlass von Ortsstatuten für die hausgewerbliche Krankenversicherung; Gewährung sämtlicher Leistungen der Wochenhilfe an die von der Versicherung auf Antrag der Arbeitgeber Befreiten; Anerkennung der Ansprüche der unehelichen Minder von invaliden Kriegsteilnehmern; Ausdehnung der Kriegswochenhilfe auf alle Ehefrauen auf Kosten des Reiches.

Unter dem Kapitel Volksgesundheitspflege wird die Wohnungsfürsorge in einer interessanten Zusammenstellung vom Großherzoglichen Wohnungsinspektor Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe behandelt, dann geht Dr. Fischer-Karlsruhe in einer lesenswerten Abhandlung auf die Bevölkerungspolitik, Mutterschutz und Säuglingsfürsorge ein, mit der öffentlichen Gesundheitspflege befaßt sich der bekannte Frankfurter Arzt Dr. Hanauer. In diesen sowie auch in den weiteren sozialpolitischen Abhandlungen werden entsprechende Vorschläge gemacht und Forderungen aufgestellt, deren baldige Verwirklichung im Interesse der Versicherten und minderbemittelten Bevölkerungskreise nur zu wünschen wäre.

„Gewerksch. Frauenzeitung“.

Aus unserm Berufe.

Zur Kohlen Sperre für die Thüringer Porzellanfabriken schreibt das „Saalfelder Volksblatt“, daß der Reichstagsabgeordnete für den 1. Meininger Wahlkreis, Genosse Reiphaus, Erfurt, sich ebenfalls mit einer Eingabe an die Reichskohlenstelle gewandt hat, um die Durchführung dieser Maßregel zu verhindern, wenn irgend möglich. Gen. Reiphaus soll in seiner Eingabe besonders scharf auf die große Not und das Elend hingewiesen haben, in das die Thüringer Porzellanarbeiter geraten müßten, wenn die Kohlen Sperre nicht rückgängig gemacht werde.

Erdmannsdorf im Riesengebirge. Wie die „Schlesische Bergwacht“ berichtet, konnten die Arbeiter der Porzellanfabrik Erdmannsdorf am letzten Lohntage kein Geld erhalten, weil in der Nacht vorher ein Einbruch in das Fabrikfontor, bezw. in den Geldschrank verübt worden war. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf einen in der Fabrik beschäftigten Kohlenabladler, der durch einen Polizeihund gesteckt wurde, aber bestritt, der Täter zu sein. Geld ist anscheinend nicht geraubt worden, der Schrank hat standgehalten, war aber so weit demoliert, daß er nicht geöffnet werden konnte. Im Kontor wurde ein Zettel gefunden, auf dem geschrieben stand: „Es ist eine verfluchte Sch—e, ich stehe vorm Geldschrank und kann nicht rein, ich wollte 3000 Mk. Kriegsanleihe zeichnen!“

Althaldensleben. Bei Durchführung unserer Lohnbewegung sind wir wiederholt darauf gestoßen, daß eine Bewilligung der Forderungen leichter zu erzielen wäre, wenn die Arbeiterchaft in allen Steingutfabriken gleichmäßig dieselben Forderungen erheben würde. Manche Unternehmer befürchten, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu leiden, wenn sie allein die Arbeiterforderungen bewilligen, während anderen Unternehmern der gleichen Branche die Möglichkeit gegeben ist, infolge niedrigerer Arbeitslöhne günstigere Verkaufsbedingungen zu erzielen. Es ist uns bekannt, daß leider in den Kreisen unserer Unternehmer keine große Neigung vorhanden, zu einer gleichmäßigen und allgemeinen Vereinbarung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gelangen, obwohl gerade in unserer Branche bei der straffen Unternehmerorganisation die Vorbedingungen für eine zentrale Regelung un schwer zu schaffen sind. Unsere Kollegen in den Steingutfabriken sollten sich angelegen sein lassen, allgemein darauf zu dringen, daß die bisherigen Löhne erhöht werden, entsprechend unseren Forderungen, um 33½ Prozent und auf die erhöhten Löhne eine Steuerzulage gewährt wird in Höhe von 50 Proz. Bei der Firma Schmelzer & Geride wurden unsere Forderungen bewilligt; bei der Firma Mitteldeutsche Steingutfabrik dürfen wir hoffen, daß dieselben Forderungen anerkannt werden.

Bei den heutigen Lebensverhältnissen, die große Unterschiede in den verschiedensten Teilen des Reiches nicht zeigen, ist eine Erhöhung der Löhne in vorstehend bezeichneter Höhe gewiß kein unbeschwerdendes Verlangen; es kommt dazu, daß die Steingutindustrie auch in der Lage ist, ihrer Arbeiterchaft diese Löhne bewilligen zu können.

Zur drohenden Kohlen Sperre und damit verbundenen Stilllegung der Betriebe schreibt der „Sprechsaal“:

„Infolge der durch die Grippe entstandenen Ausfälle in der Förderung der Kohle ist die Hausbrandversorgung bisher unge-

nügend. Um sie sicher zu stellen, sind die Kohlenausgleiche zur verstärkten Belieferung des Hausbrandes angewiesen worden. Die Folge hiervon ist, daß der Porzellanindustrie und den anderen Betrieben der Gruppe 1 und 2 Steinkohlen nicht mehr geliefert werden. Auf Grund der Verhandlungen der Fachverbände mit dem Reichswirtschaftsamt ist bisher ein Beschluß der Weiterbelieferung nicht zu erzielen gewesen. Das Reichswirtschaftsamt erklärt, daß es die Möglichkeit einer teilweisen Versorgung der Porzellanindustrie noch prüfe.

Unseres Erachtens sollte sich die Reichsregierung gründlich überlegen, ob sie die Porzellanindustrie, die nach dem Krieg sofort die Ausfuhr in großem Umfang aufnehmen kann, ohne daß sie ausländische Rohstoffe braucht, durch die Kohlenentziehung stilllegen und viele Existenzen vernichten will. Nicht nur die Industriellen, sondern auch die Arbeiter würden in großem Umfang brotlos werden. Was das für die Gebirgsgegenden, wo die Porzellanfabrik häufig den einzigen Betrieb darstellt, bedeutet, braucht an dieser Stelle nicht näher ausgeführt zu werden. Wenn die Reichsregierung nicht zugunsten der Porzellanindustrie eingreift, ist die denkbar größte Notlage wichtiger Wirtschaftsgebiete zu erwarten.

Magdeburg. Die Firma C. & E. Carstens hier selbst zahlt eine weitere 15proz. Steuerzulage, so daß die Gesamthöhe der Zulage jetzt 75 Proz. beträgt. Zu einer Erhöhung der Grundlöhne, wie sie von den Arbeitern gefordert wurde, war die Firma leider nicht zu bewegen.

Neuhaldensleben. Die Firma C. & E. Carstens bewilligte eine weitere Erhöhung der Steuerzulagen um 15 Proz., so daß die gesamte Zulage jetzt 75 Proz. beträgt.

Der Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs hat unter dem 23. August d. J. an die Unternehmerorganisationen — Wirtschaftsverband der österreichischen Porzellanindustrie in Karlsbad und die Steingut-Union in Wien — eine Reihe von Forderungen eingereicht. Verlangt wurde u. a. in erster Linie eine Erhöhung der Steuerzulagen auf 125 Proz., ferner die Einführung des neunstündigen Arbeitstages, des freien Sonabendnachmittags, Beschaffung von Lebensmitteln und Kleidung usw.

Der Wirtschaftsverband der österreichischen Porzellanindustriellen hat dem Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes daraufhin geantwortet, daß er eine generelle Regelung dieser Fragen nicht für durchführbar halte, daß er sich jedoch durch Schreiben an seine Mitgliedsfirmen wenden und diesen nahelegen werde, die Löhne insoweit zu erhöhen, daß diese die Löhne vom Juni 1914 um 125 Prozent übersteigen. Den 9stündigen Arbeitstag halte der Wirtschaftsverband zurzeit nicht für durchführbar; wegen der anderen Fragen solle geschehen, was möglich ist.

Daraufhin hat der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes für den 22. September zwei Porzellanarbeiterkonferenzen nach Altrohlau bei Karlsbad und Turn bei Teplitz einberufen und diesen die weitere Entscheidung überlassen. Diese Konferenzen haben inzwischen stattgefunden. In beiden wurde durch Annahme einer Resolution beschlossen, die Forderungen nurmehr den einzelnen Unternehmern einzureichen. Ferner wird der Verbandsvorstand ersucht, für eine Erhöhung der staatlichen Unterstützung der Porzellanarbeiter, die wegen Kohlenmangel, bezw. Stilllegung der Betriebe arbeitslos geworden, einzutreten. Im weiteren wendet sich die Resolution an die Porzellanarbeiterchaft mit der dringenden Mahnung, angesichts der trostlosen Verhältnisse sich eintig und geschlossen hinter ihre berufliche Organisation zu stellen, weil nur dann diese in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterchaft mit allem Nachdruck vertreten zu können.

In einer zweiten Resolution wenden sich die Konferenzen gegen die beabsichtigte Stilllegung von weiteren 11 Porzellanfabriken, die von der Behörde angeordnet wurde, ohne die Unternehmer und die Arbeiter vorher zu befragen.

Gewerkschaftliches.

Weitere Steigerung der Zahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. Auch im zweiten Vierteljahr 1918 hat sich die Zahl weiblicher Gewerkschaftsmitglieder erhöht. Sie stieg von 354 781 am Schluß des 1. Quartals auf 362 617 am Schluß des 2. Quartals. Die Mitgliederzahlen der Verbände der Chorsänger und der Eisenbahner sind in dieser Zusammenstellung nicht enthalten. Einen Auszug von 2636, der sich auf 10 Organisationen, nämlich auf die Verbände der Bäcker und Konditoren, Buchbinder, Buchdruckhilfsarbeiter, Gutmacher, Landarbeiter, Sattler und Portefeuller, Tabakarbeiter, Tapezierer und Textilarbeiter verteilt, steht ein Gewinn von 10 472 weiblichen Mitgliedern in 23 Verbänden gegenüber. Nur die Verbände der Asphaltreue, Gärtner, Glaser und Lithographen, die insgesamt 41 Frauen organisiert haben, berichten über gleichbleibende Mitgliederziffern.

Seit Kriegsausbruch hat sich die Zahl der weiblichen Mitglieder in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden um 141 546 oder um 64 Proz. erhöht. Die Zahl der inzwischen erfolgten Neueintritte beträgt insgesamt 469 007 und ist über noch einmal so hoch als die Mitgliederzahl bei Kriegsbeginn. Sie übersteigt in einigen Verbänden, auch in solchen, die schon bei Kriegsbeginn zahlreiche weibliche Mitglieder zählten, wie beispielsweise die Metallarbeiter und die Schneider, das Mehrfache der damaligen Mitgliederzahl.

Wenn diese nicht gerade erfreuliche Erscheinung auch zu einem erheblichen Teil auf das mangelnde Interesse der weiblichen Arbeitskräfte für die Organisation zurückzuführen ist, so muß doch aber daneben auch berücksichtigt werden, daß die Kriegsverhältnisse einen stärkeren Wechsel in der Betätigung der Frauen bedingen, als er früher anzutreffen war. Dazu kommt der Mangel an genügend Funktionären in den Gewerkschaften. Auch hier ist ein häufiger Wechsel zu beobachten, dessen Folgen sich unliebsam bemerkbar machen. Immerhin ist damit zu rechnen, daß eine spätere Zeit von dem wenn auch nur kurze Zeit Organisiertsein weiblicher Arbeitskräfte Vorteil haben wird, und dieser Hoffnung wollen wir uns in dieser doch recht hoffnungsarmen Zeit hingeben.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 3. Heft vom 1. Band des 37. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Preußen und das Reich. Von Heinrich Cunow. — Die jüdisch-islamische Frage und der Weltkrieg. Von Hermann Wendel. — Ein deutscher Rousseaujünger. Zu Joachim Heinrich Campes Gedächtnis (22. Oktober 1818). Von Edgar Steiger. — Papierne Heuschreckenschwärme. Fliegerabwurfschriften als Propagandamittel der Entente. Von Ernst Drahn. — Literarische Rundschau: Dr. Ivan Gheorgov, Die bulgarische Nation und der Weltkrieg. Von Hermann Wendel. Dr. Otto Neurath, Privatdozent an der Universität Heidelberg, Antike Wirtschaftsgeschichte. Von Heinrich Cunow.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 5,20 Mark das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 40 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Quittung

über eingekassierte Gelder in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1918.

Ahlen 100, Altwasser 550; Arzberg 450, Bayreuth 200; Blankenhain 70; Bonn 150; Breslau 50; Charlottenburg 150; Coburg 78,87; Goldsch 100; Köln 40; Döbeln 60; Dresden 200; Düsseldorf 50; Eilenach 20; Eilenberg 500; Elberfeld 70; Frankfurt a. M. 143; Fraureuth 500; Freiberg i. S. 200; Gera-N. 26,71; Germersheim 80; Goldlauter 150; Gräfenhain 27,30; Gräfenhain 400; Grünhain 25; Gernsdorf 350; Höchstädt 40; Ilmenau 200; Judenbach 814,23; Kahla 350; Kahlhütte 151,02; Königszelt 700; Köppelsdorf 250; Kronach 700; Magdeburg 250; Margarethenhütte 150; Marktzeuthen 150; Marktredwitz 600; Meißen 200; Reichenhütten 370; Rittersdorf 93; Roschendorf 75; Reubaus h. S. 1200; Reustadt h. S. 21,39; Riesa 150; Oberhausen 10,10; Oberlohn 300; Offenbach 50; Opatowitz 50; Regensburg 36; Reihau 200; Reichenbach 24,34; Rheinsberg 20; Rösau 350; Rosslau 200; Rudolstadt 490; Schaumberg 50; Scheibe 53,39; Schirnding 150; Schleusingen 17,46; Schmiedefeld 25,13; Schnei 60; Schönwald 600; Schwarza 100; Schwarzenbach 150; Schwarzenberg 16,16; Selb 1900; Selb-Blößberg 400; Sophienau 200; Stadtilm 14,19; Stadtlengsfeld 200; Teltow 410; Zirkneuth 300; Unterpörlitz 35; Unterweißbach 142,52; Vohrenstraße 100; Volkstedt 700; Waldsassen 149; Weiden 192,02; Weißwasser 50; Zwidau 50; Zandorf-Gräfenroda 3,60; Zwickau-Marktredwitz 5,20; Hoffmann-Ilmenau 4,25; Langhammer-Wilkau 9; Postabonnenten 173,13 Mk. In Summa 19 226,01 Mk. Wilhelm Herden.

An die Zahlstellenassierer!

Diejenigen Zahlstellenassierer, die den Bericht über das 3. Quartal auf Formular vom Juni 1917 noch nicht an das Verbandsbureau eingekassiert haben, werden ersucht, das nunmehr schleunigst zu tun.
Das Verbandsbureau.

Adressen-Änderungen.

Bordau. Kammerer Wilhelm Gustav, Dreher, Feldweg 54.

Veranstaltung-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Alte-Fer-Haber in **Alte-Fer-Salzbrunn**. Allgemeine Mitglieder-versammlung am Sonntag, den 2. Oktober, abends 7 Uhr, im geheizten Saal des Gasthauses „Zur Kaiserin“ in Altwasser. Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht. 2. Reportierendes über: „Die Drogenverteilung als Voraussetzung der Porzellanarbeiter, ihre Ursachen und ihre Befreiung“. Alle Mitglieder der Zahlstelle möchten bestimmt und pünktlich erscheinen.

Riesberg Sonntag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftssaal, Neue Gasse.

Rosbach Sonntag, den 2. November, abends 7½ Uhr, bei P. Grotzsch, Schmiedstr. 36.

Sterbetafel.

Althaldensleben. Matthias Philipp, Dreher, geboren am 13. Mai 1861 in Wehringen, gestorben am 13. Oktober an Mithma. Mitglied seit 1905. — Josef Stockhausen, Dreher, geboren am 25. Februar 1863 in Beaumarais, gestorben am 9. Oktober an Lungenentzündung. Mitglied seit 1911.

Altwasser. Emil Nitsche, Dreher, geboren am 3. Februar 1860 in Dittersbach, gestorben am 13. Oktober an Magenkrebs. Mitglied seit 1888.

Neuhaldensleben. Selmar Bergman, Dreher (seit 1912 Invalide), geboren am 31. Januar 1879 in Bipprechtrode, gestorben am 6. Oktober an Lungenleiden. Mitglied seit 1905.

Köppelsdorf. Karl Roth, Dreher (seit 1915 Invalide), geboren am 18. Dezember 1874 in Langenau, gestorben am 17. Oktober an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1904.

Schirnding. Ernestine Schildner, Putzerin, geboren am 3. Februar 1893 in Schirnding, gestorben am 17. Oktober an Grippe und Lungenentzündung. Mitglied seit 1912.

Ehre ihrem Andenken!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Wilhelm Scheeben, Maler, geboren am 19. August 1895 in Witterich bei Bonn, gestorben am 5. September 1918 in einem Kriegslazarett an Typhus. Mitglied der Zahlstelle Bonn.

August Büttner, Polychromeur, geboren am 9. September 1888 in Köln-Lindenthal, gestorben infolge schwerer Verwundung am 14. September 1918 im Lazarett zu Schwerte a. d. Ruhr. Mitglied der Zahlstelle Köln.

Ernst Noack, Dreher, geboren am 10. März 1892 in Quatitz bei Bautzen, am 26. September 1918 im Westen schwer verwundet, am 27. September in einem Feldlazarett gestorben. Mitglied der Zahlstelle Margarethenhütte.

Walter Bernik, Maler, geboren am 30. August 1883 in Remscheid, gestorben an schwerer Verwundung am 30. September 1918 in einem Feldlazarett.

Karl Heß, Maler, geboren am 13. August 1897 in Weilar, gefallen am 7. Oktober 1918 im Westen.

Beide waren Mitglieder der Zahlstelle Stadtlengsfeld.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Wir suchen für sofort einen tüchtigen, erfahrenen

Maschinenmeister.

Derner

Aufsichtsbeamte:

Oberbrenner für Glattbrand, Oberbrenner für Rohbrand und Arbeiter für Dreherei und Gießerei.

Steingut-Fabriken Velten-Vordamm.
Vordamm an der Ostbahn.

Porzellandreher

auf Schubscheibe für dauernde Arbeit gesucht.

Meißner Ofen- und Porzellanfabrik, vorm. C. Leichert
Meißen, Neumarkt 5.

Retoucheur

respektive Putzer auf Figuren aus Gips gesucht. Auch Kriegsbeschädigter wird eingestellt. Angebote an Pietro Mariotti, Hannover, Köpferstr.

Tücht. Dreher

für kleine Tomtopfabrik als Teilhaber mit Kapitaleinlage v. 3—5000 Mark gesucht. Näheres Ernst Schieblich, Arnstadt i. Thüringen.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen, alle goldhaltiger Malrückstände

kauft bei schneller, reeller Bedienung höchstzahlend. Für 5- und 10-Gramm-Flaschen mit Stöpsel zahle 4 Pf. pro Stück.

A. Langhammer, Wilkau bei Zwickau, Sa.

Goldflaschen, goldhaltige Lappen

sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8 II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Köpferstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Köpferstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Köpferstr. 22.